



Verkehrsausschuss

3. Sitzung (öffentlich)

9. November 2022

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:34 Uhr bis 15:13 Uhr

Vorsitz: Matthias Goeken (CDU)

Protokoll: Benjamin Schruff

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2023 (Haushaltsgesetz 2023) 3

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/1200 (Haushaltsgesetz 2023)
Drucksache 18/1500 (Ergänzung zum Haushaltsgesetz 2023)

Vorlage 18/361 (Einbringungsbericht zum Einzelplan 10)
Vorlage 18/387 (Erläuterungsband zum Einzelplan 10)

Vorlage 18/374 (Landesstraßenbauprogramm 2023)

– mündlicher Bericht der Landesregierung

2 Das 49-Euro-Ticket kommt! Finanzielle Rahmenbedingungen und konkrete Finanzbedarfe in Nordrhein-Westfalen (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage]) 7

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/366

– Gespräch mit sachverständigen Gästen

3 Schienenpersonennahverkehr in Nordrhein-Westfalen muss verlässlich sein 23

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/1355

– Wortbeiträge

4 Verschiedenes 25

hier: **Absetzung/Ansetzung Ausschusssitzung**

Der Ausschuss beschließt, die eigentlich für den 14. Dezember 2022 terminierte Ausschusssitzung zu streichen und stattdessen vor einer noch zu bestimmenden Plenarsitzung kurz zu tagen, um sich in Sachen ÖPNV-Pauschale zu verständigen.

* * *

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2023 (Haushaltsgesetz 2023)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/1200 (Haushaltsgesetz 2023)
Drucksache 18/1500 (Ergänzung zum Haushaltsgesetz 2023)

Vorlage 18/361 (Einbringungsbericht zum Einzelplan 10)
Vorlage 18/387 (Erläuterungsband zum Einzelplan 10)

Vorlage 18/374 (Landesstraßenbauprogramm 2023)

(Überweisung des Gesetzentwurfs an den Haushalts- und Finanzausschuss sowie die zuständigen Fachausschüsse am 02.11.2022)

Vorsitzender Matthias Goeken kündigt an, dass Minister Oliver Krischer (MUNV) heute die für den Verkehrsausschuss relevanten Kapitel des Einzelplans 10 des Haushaltsplans 2023 einbringen werde; zudem liege das Landesstraßenbauprogramm 2023 vor. Der üblichen Praxis folgend, dürften in der heutigen Sitzung nur Verständnisfragen gestellt werden; wegen des engen Zeitrahmens der diesjährigen Haushaltsberatungen fänden bereits in der nächsten Sitzung am 16. November 2022 die Aussprache und die Abgabe der Voten statt.

Minister Oliver Krischer (MUNV) berichtet:

Wie wir alle wissen, finden die diesjährigen Haushaltsberatungen unter besonders schwierigen, geradezu herausfordernden Bedingungen statt. Viele Menschen treiben die hohe Inflation sowie die steigenden Strom- und Energiepreise um. Wir haben aber auch – und das betrifft den Ausschuss direkt – verstärkt mit der Frage zu tun, wie wir in der aktuellen Situation nachhaltig mobil bleiben können. Es gibt derzeit das Phänomen der sich überlagernden Krisen. Uns beschäftigt nicht nur der von Putin angefachte Angriffskrieg mit all seinen Folgen, sondern nach wie vor auch die Klimakrise. Im Moment findet in Scharm asch-Schaich die Weltklimakonferenz statt. Selbstverständlich muss der Verkehrssektor seinen Beitrag leisten, muss mehr leisten als in der Vergangenheit, und diese Frage betrifft natürlich am Ende auch den Haushalt.

Der Ministerpräsident hat in der vergangenen Woche im Anschluss an die Ministerpräsidentenkonferenz deutlich gemacht, wie angespannt die aktuelle Lage in finanzieller Hinsicht ist. Die Einigung mit den anderen Ländern und dem Bund ist ein Kompromiss, der zwar hilft, die Krise zu bekämpfen, der aber – ich sage das sehr deutlich – am Ende allein nicht ausreichen wird.

Nordrhein-Westfalen wird seinen Beitrag dabei leisten, denjenigen zur Seite zu stehen, die in dieser Situation am dringendsten Hilfe benötigen. Parallel werden wir Maßnahmen ergreifen, um NRW unabhängiger und resilienter gegenüber Krisen zu machen, auch das betrifft unseren Arbeitsbereich hier. Ich will aber betonen, dass

die Landesregierung damit in finanzieller Hinsicht bis an die Schmerzgrenze des Möglichen geht. Das wird zwangsläufig dazu führen, dass unsere finanziellen Spielräume nicht nur 2023, sondern auch in den nachfolgenden Jahren begrenzt bleiben. Die Zeiten üppig vorhandener Mittel – wenn es sie denn überhaupt jemals gegeben hat – sind leider vorerst vorbei. Ich glaube aber, dass es richtig ist, die Entscheidung, die wir als Landesregierung jetzt mit der Ergänzungsvorlage getroffen haben, in das Haushaltsverfahren mit einzubringen, um Putin und seinem zerstörerischen Krieg so im Konsens mit den anderen Ländern und dem Bund etwas entgegenzusetzen und für den Zusammenhalt der Gesellschaft sorgen zu können.

Der Verkehrsbereich wird durch die aktuelle Krise in besonderer Weise gefordert. Es gibt gestiegene Baukosten für Brücken und andere Infrastrukturprojekte. Die gestiegenen Energiepreise betreffen den Nahverkehr und selbstverständlich auch den Individualverkehr und das Transportgewerbe. Wenn hier die Kosten deutlich steigen, bedeutet das natürlich, dass Mobilität, Wohlstand, soziale Teilhabe und Sicherheit infrage stehen.

Eine umweltfreundliche und zuverlässige Mobilität ist auch in diesen Zeiten ein Grundbedürfnis, und deshalb ist deren Sicherung das erklärte Ziel der Landesregierung. Vor diesem Hintergrund begrüße ich ausdrücklich, dass sich die Ministerpräsidentenkonferenz in der vergangenen Woche auf die Einführung des Deutschlandtickets geeinigt hat. Dieses Ticket wird den öffentlichen Verkehr in Deutschland erheblich verändern. Es gibt viele Vergleiche, die nach dieser Entscheidung angestellt worden sind. Wir werden jetzt darüber diskutieren müssen, wie wir das insgesamt ausgestalten. Da sind noch sehr viele Fragen offen. Man sollte aber nicht aus den Augen verlieren, dass das Fahren mit Bus und Bahn für Millionen von Menschen, die das bisher nicht getan haben, plötzlich attraktiv wird. Eine Monatskarte, etwa für das Pendeln zwischen zwei Städten, kostete bisher teilweise einen höheren dreistelligen Betrag. Nun wird es die Möglichkeit geben, sich für 49 Euro deutschlandweit zu bewegen. Das ist eine revolutionäre Veränderung. Ich glaube auch, dass der einheitliche Tarif eine Niederschwelligkeit mit sich bringt, die viele Menschen dazu bewegen wird, sich für den öffentlichen Verkehr zu entscheiden.

Ich freue mich, dass wir uns jetzt an diesem Punkt befinden, auch wenn wir noch lange nicht fertig sind. Wir werden gleich sicherlich noch ausführlicher darüber sprechen. Bedenkt man, wo wir mit der Debatte in den Sommerferien noch standen, wird klar, dass wir bis jetzt einen insgesamt erfolgreichen Weg gegangen sind. Ich will aber keinen Hehl daraus machen, dass es mit Blick auf die Einigung im Rahmen der MPK auch einen faden Beigeschmack gibt: Die Erhöhung der Regionalisierungsmittel seitens des Bundes, für die die Länder schon lange vor den Debatten über das 9- bzw. 49-Euro-Ticket kämpften, erfolgt nicht im erforderlichen Umfang. Nachdem jahrelang nichts passiert war, haben wir erstmals einen – wenn auch aus unserer Sicht nicht ausreichenden – Fortschritt erreicht. Ich möchte deshalb deutlich sagen: Die Finanzierung des Tickets und die damit im Zusammenhang stehenden Maßnahmen fordern alle Beteiligten, auch das Land Nordrhein-Westfalen, auf das Äußerste heraus. Wir gehen mit dem Verkehrshaushalt bis an die Schmerzgrenze, um hier voranzukommen und diese substanzielle Veränderung möglich zu machen und zu finanzieren.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Qualität des Radwegenetzes in Nordrhein-Westfalen, die wir verbessern wollen, um so der zunehmenden Bedeutung des Radverkehrs in der Alltagsmobilität Rechnung zu tragen. Deshalb haben wir Mittel umgeschichtet. Hierbei geht es nicht nur um den Neubau von Radwegen, sondern zunehmend auch – entsprechende Erfahrungen werden Sie im Alltag schon gemacht haben – um den Erhalt bereits bestehender Radwege. Auch das nehmen wir in den Fokus. Zur Steigerung der Attraktivität des Rad- und Fußverkehrs stellen wir 2023 32,5 Millionen Euro zur Verfügung. Die Mittel stehen für das kommunale Programm zur Förderung von Projekten der Nahmobilität sowie für Investitionen in Bau, Grunderwerb und Erhaltung im Zusammenhang mit Radschnellverbindungen bereit. Hinsichtlich der Radwegeinvestitionen an Landesstraßen haben wir das Ganze zu einem Haushaltstitel zusammengefügt, damit die Aktivitäten bei der Radverkehrsmobilität verstärkt werden können. Damit werden wir der neuen Prioritätensetzung der Landesregierung gerecht.

Im Straßenbau gilt für uns: Erhalt und Sanierung vor Neubau. Wir wollen die bestehende Infrastruktur, wie Straßen und Brücken, sichern und zukunftsfest machen. Der Zustand von Straßen, Brücken und Radwegen soll sich in den kommenden Jahren kontinuierlich verbessern. Was wie eine Selbstverständlichkeit klingt, ist leider eine große Herausforderung. Das aber ist unser erklärtes Ziel, und deshalb findet sich das in diesem Haushaltsentwurf mit den entsprechenden Ansätzen wieder.

Selbstverständlich werden wir diejenigen Projekte, die geplant, angelaufen, im Bau befindlich sind, so zügig wie möglich voranbringen. Sie bilden den Schwerpunkt des Landesstraßenbauprogramms 2023, dessen Entwurf Ihnen anlässlich der heutigen Sitzung zugegangen ist. Nicht verausgabte Mittel des Bauprogramms fließen wiederum in den Erhalt der in Nordrhein-Westfalen bestehenden Infrastruktur.

„Der öffentliche Verkehr, der Schienenverkehr und der Radverkehr sind das Rückgrat der zukünftigen nachhaltigen und vernetzten Mobilität.“

So haben wir es in unserem Koalitionsvertrag als Programm der Landesregierung vereinbart, das ist einer der Kernsätze unserer Verkehrspolitik. Wir wollen NRW zum Vorreiter der Mobilität 4.0 machen, und wir nutzen die Chancen, um Potenziale für ein flächendeckendes, klimafreundliches und einfach zugängliches Mobilitätsangebot zu erschließen. Ein wesentlicher Schritt dafür ist die Gründung der Landesagentur NRW.Mobidrom. Dafür haben wir im Haushalt 3 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Ziel ist es, die intelligente Vernetzung von Verkehrsmitteln voranzubringen, sodass Planen, Buchen und Bezahlen von Mobilitätsleistungen zukünftig einfacher und komfortabler als heute möglich sein wird.

Die Zeiten sind herausfordernd für uns alle. Das gilt insbesondere hinsichtlich der zur Verfügung stehenden Finanzen und Ressourcen. Dennoch setzen wir mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf entscheidende Akzente, um die Verkehrswende in Nordrhein-Westfalen zu gestalten, und zwar nicht nur für 2023, sondern auch für die kommenden Jahre und darüber hinaus. Es geht nicht allein darum, kurzfristig Verbesserungen zu schaffen, vielmehr sind wir dem Prinzip der Nachhaltigkeit verpflichtet und wollen die kommenden Generationen in den Blick nehmen. Wir wollen alle für den Erhalt der Infrastruktur und den Klimaschutz notwendigen Maßnahmen

ergreifen. Das ist die Leitschnur unseres Handelns – auch und gerade in diesen schwierigen Zeiten der Krise.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)